

Volt

INGELHEIM DEKLARATION

WAHLPROGRAMM

VOLT RHEINLAND-PFALZ

Landtagswahl 2021

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

Ingelheim Deklaration

Das Volt-Programm für den rheinland-pfälzischen Landtag 2021 – 2026
Zukunft. Made in Europe. Veränderung gemeinsam gestalten.

Vorwort

Nach dem Brexit-Votum und in einer Zeit der großen politischen Umwälzungen und Krisen in Europa haben sich junge Europäer*innen entschieden, dass es höchste Zeit ist, gemeinsam für Europa und für ihre Überzeugungen einzutreten und zu handeln: Das war die Geburtsstunde von Volt.

Was als eine neue paneuropäische Bewegung begann, ist nun eine neue paneuropäische Partei, die bereits in über 30 Ländern aktiv ist: www.volteuropa.org.

Der Name ist Programm: Volt - eine neue Energie, um politisch wirksam zu sein. Wir verkörpern eine Botschaft der Hoffnung und des Machbaren. Wir wollen den Frieden und den Wohlstand erhalten und Europa fit für die Zukunft machen. Menschen aus allen europäischen Ländern arbeiten bei Volt zusammen, um ein demokratischeres, nachhaltigeres und sozial gerechteres Europa zu gestalten.

Volt ist seit 2019 in Brüssel im Europaparlament vertreten. Volt will aber nicht nur in Brüssel, sondern auf allen Entscheidungsebenen in Europa mitgestalten, denn Europa findet in erster Linie lokal und regional statt. Dort wo die Menschen leben und arbeiten. Volt ist in Rheinland-Pfalz daher schon in Mainz und in Wachenheim an der Weinstraße aktiv in Stadträten vertreten. Auch in unserem Nachbarland Nordrhein-Westfalen ist Volt bereits mit bis zu 5,2% in kommunale Parlamente eingezogen. Nun treten wir für die Landtagswahlen und auch zur Bundestagswahl in 2021 an.

Wir wollen lokal handeln, europäisch denken und die Demokratie stärken.

Rheinland-Pfalz verkörpert diese Ziele. Hier erinnert das Hambacher Schloss an das deutsche und europäische Streben nach Freiheit und Demokratie. Ein mehr als 600 km langes Netz von Wasserstraßen verbindet uns mit unseren Nachbarn und ganz Europa. Rheinland-Pfalz ist ein wichtiges europäisches Grenzland und das einzige Bundesland, das gleich drei europäische Nachbarn hat: Frankreich, Luxemburg und Belgien. Der Rhein, der uns nach Norden mit den Niederlanden verbindet, ist mehr denn je das Sinnbild eines geeinten Europa. Wir wollen nichts Geringeres als ein besseres Europa und ein stärkeres Rheinland-Pfalz.

Warum Volt wählen?

Weil Volt für mehr als nur für die Schadensbegrenzung beim Klimaschutz eintritt. Weil Volt nicht nur die Interessen der Wirtschaft vertritt. Weil endlich mehr für die Chancengleichheit getan werden muss, damit unsere Demokratie überlebens- und zukunftsfähig bleibt.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen ganzheitlich politisch aktiv sein. Wir wollen in neuen Formen der bürgerschaftlichen Mitbestimmung möglichst viele Menschen an den politischen Entscheidungen in allen Lebensbereichen beteiligen und dabei proaktive Akzente setzen. Wir wollen mit den besseren Ideen überzeugen. Von unseren Nachbarn lernen und das, was bereits in Europa erfolgreich umgesetzt wurde, auf unsere Bedürfnisse hier in Rheinland-Pfalz anpassen und mit den Menschen umsetzen.

Das folgende Programm zeigt, welche Maßnahmen und Ziele Volt im Landtag für Rheinland-Pfalz umsetzen will.

Europa leben

Die Europäische Union ist weltweit nach wie vor eine der innovativsten und spannendsten politischen Entwicklungen, um das friedliche Miteinander und das Wohlergehen von über einer halbe Milliarde Menschen zu sichern und weiter zu verbessern. In den letzten 75 Jahren wurde bereits sehr viel erreicht. Dennoch liegt noch ein langer Weg vor uns, um die Europäische Union zu einer echten, souveränen europäischen Demokratie auszubauen. Die Herausforderungen unserer Zeit erfordern eine viel tiefere Integration der europäischen Zusammenarbeit, die nationalstaatliches Denken und Landesgrenzen überwinden muss, um wirksam zu werden.

In dieser neuen Phase werden Parteien benötigt, die keine Ländergrenzen kennen und sich der Fortentwicklung der Europäischen Union verpflichtet haben. Es braucht Parteien, die den Anspruch haben, die europäischen Bürger*innen grenzübergreifend zusammen zu bringen und ihre Interessen in allen europäischen Parlamenten zu repräsentieren. Volt ist die einzige paneuropäische Partei, die seit 2019 im Europaparlament vertreten ist und zur Landtagswahl antritt, um die europäischen Ziele auch in Rheinland-Pfalz auf den Weg zu bringen. Denn Europa wird nicht in Brüssel, sondern lokal und regional mit Leben gefüllt.

Die Corona-Pandemie hat uns allen sehr deutlich gezeigt, dass wir in Rheinland-Pfalz mit Europa und der Welt untrennbar vernetzt sind. Wir können die Probleme unserer Zeit nur gemeinsam lösen. Winzer von Rhein, Mosel oder Nahe, die ihren Wein in die ganze Welt verkaufen, sowie Mittelständler, Traditionsunternehmen, Weltmarktführer und Startups aus Rheinland-Pfalz, die Ihre Produkte, Dienstleistungen und Innovationen global anbieten, können ohne den europäischen und globalen Handel nicht existieren. Aber in einen Binnenmarkt verliebt sich niemand: Wir brauchen vor allem zwischenmenschliche Interaktionen und gemeinsame Aktivitäten, wie zum Beispiel den Europatag als gemeinsamen Feiertag, um die europäische Idee im Alltag zu verankern.

Die globale Vernetzung und das Zusammenwachsen unserer Welt erfordert bessere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe, damit ein gutes Zusammenleben auch in Zukunft gelingt. Ein wesentlicher Aspekt stellt hierbei die Mitsprache bei politischen Entscheidungen dar. Menschen, die in Rheinland-Pfalz ihren Lebensmittelpunkt haben, sind Teil von Rheinland-Pfalz und sollten Wahlrechte erhalten, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Während es richtig ist, dass die lokalen und regionalen Strukturen gestärkt werden müssen, um den Bürger*innen vor Ort Lebensqualität und Chancengleichheit zu sichern, so ist es auch richtig, dass die großen, globalen Herausforderungen unserer Zeit mindestens europäische Lösungen erfordern, welche den Frieden und die Menschenrechte weltweit im Blick haben.

Es ist Zeit, nicht mehr eindimensional, sondern global, regional als auch lokal zu denken und zu handeln. Volt tritt an, um so die Lebenswirklichkeit der Menschen in Rheinland-Pfalz zu verbessern.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Wahlrecht für unsere Mitmenschen

- Wahlrecht für EU-Bürger*innen. Die Einführung des Wahlrechts bei Landtagswahlen und Volksabstimmungen für EU-Bürger*innen mit Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz.
- Kommunales Wahlrecht für Menschen aus Drittstaaten. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige mit Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz.

Regionale Zusammenarbeit über Grenzen hinweg

- Verbesserung der Zusammenarbeit in den europäischen Großregionen, in grenzübergreifenden Zweckverbänden und Ausbau der interkommunalen Kooperation. Insbesondere in den Bereichen: Gesundheit, Daseinsvorsorge, Sicherheit und Katastrophenschutz, Kitas und Bildung sowie Mobilität, Kultur und Tourismus.

Gemeinsam feiern

- Rheinland-Pfalz soll dem Beispiel Luxemburgs folgen und den Europatag am 9. Mai zum gesetzlichen Feiertag in Rheinland-Pfalz erklären. An diesem Tag sollen vermehrt landesweite und grenzüberschreitende Aktionen, Veranstaltungen und Feierlichkeiten mit unseren europäischen Freunden und Nachbarn begangen werden. Europa ist mehr als eine Wirtschaftsbeziehung. Der Austausch kultureller Vielfalt und das friedliche und demokratische Miteinander wollen gefeiert werden.

Soziale Gerechtigkeit ist essenziell

Nichts gefährdet den sozialen Zusammenhalt, den gesellschaftlichen Fortschritt, die Chancengleichheit und damit auch die Demokratie mehr, als die in den letzten Jahrzehnten immer größer gewordene und anhaltend große Kluft zwischen Arm und Reich. Die Corona-Pandemie hat diese Kluft in Europa aber auch in Deutschland mehr denn je wieder sichtbar gemacht und sie wird sich weiter vergrößern, wenn der Staat nicht gegensteuert. Auch wenn es im Zuge der Pandemie in Europa und in Deutschland beispiellose Hilfspakete für die Menschen und Unternehmen gibt, so täuscht das nicht darüber hinweg, dass längst nicht alles so bleiben kann, wie es jetzt ist.

Denn auch wenn die Politiker*innen der im Bundestag und Landtag vertretenen Parteien immer wieder hervorheben, wie gut es uns doch geht, so verschließen sie doch die Augen vor der Lebenswirklichkeit: Die Anzahl der Menschen, die heute in befristeten Jobs ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, ist größer denn je. Zu keiner Zeit haben mehr gut ausgebildete Fachkräfte am Rand der Existenzgefährdung gelebt. Die Altersarmut greift immer weiter um sich und wird sich in den nächsten Jahrzehnten immer weiter ausbreiten.

Laut Statistischem Landesamt weisen die Einkünfte in Rheinland-Pfalz eine deutliche Ungleichverteilung auf. Das durchschnittliche Jahreseinkommen lag (laut den aktuellsten Zahlen) im Jahr 2015 bei 37.338 Euro. 65% der steuerpflichtigen Rheinland-Pfälzer kamen jedoch auf weniger als diesen Durchschnittswert. Mehr als 23% verdienten weniger als 10.000 Euro im Jahr. Mit rund 35.000 Euro Jahreseinkommen verdienten die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen deutlich weniger als die etwa 32.000 Selbstständigen, die auf 111.000 Euro pro Jahr kamen.

Corona hat zwar eine erstaunliche Kehrtwende mit der Abkehr von der „schwarzen Null“- Politik hervorgebracht, aber die Daumenschrauben der finanziellen Einsparungen haben auf der Landesebene nie nachgelassen und in Rheinland-Pfalz werden im nächsten Jahr weit mehr Menschen in die Armut absinken, als das bisher schon der Fall ist. Das kann man nicht gleichgültig beobachten. Zu viele Menschen sind betroffen, wenn sie ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen können und das Geld nicht mehr für das Lebensnotwendige reicht. Immer mehr Familien und alte Menschen sind zunehmend auf die Tafeln angewiesen. Kinder und Jugendliche können oftmals nicht an sozialen Aktivitäten teilhaben und verpassen deshalb wertvolle Chancen, sich zu entfalten. Teilhabe ist essentiell, um Chancengleichheit zu ermöglichen. U. a. kann Bildung unmittelbar Armut verringern und Chancengleichheit erhöhen, denn fehlende Bildungsabschlüsse verschlechtern die Chancen, einen Ausbildungsplatz und einen auskömmlich bezahlten Arbeitsplatz zu bekommen. Die Herstellung von mehr Chancengleichheit ist wiederum unverzichtbar, wenn die Demokratie nicht weiter gefährdet werden soll.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Soziale Absicherung

- Möglichkeiten schaffen für ein lebenslanges Lernen, um die Absicherung der persönlichen Bedürfnisse zu garantieren.
- Erhöhung von europaweiten Fortbildungsangeboten, die die Gesellschaft gezielt auf die geistigen Anforderungen der Zukunft vorbereiten, bei Priorisierung von Beschäftigten in sterbenden Industriezweigen.
- Förderung eines Pilotprojekts zum bedingungslosen Grundeinkommen, um die Auswirkung auf Kinder- und Altersarmut sowie Vor- und Nachteile gegenüber der klassischen Sozialversicherung beurteilen zu können. Dazu soll eine komplette rheinland-pfälzische Stadt für fünf Jahre mit dem Grundeinkommen versorgt werden und mit einer ähnlich aufgebauten Stadt verglichen werden.

Obdachlose unterstützen

- Stärkere Unterstützung von Initiativen und Programmen, die sich für die Bedürfnisse von Obdachlosen einsetzen. Dies bedarf großer personeller Ressourcen und sehr individuellen und kreativen Lösungen.
- Einrichtung von Postfächern für Obdachlose. Grundvoraussetzung für die Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten ist eine persönliche Anschrift. Oft scheitert beispielsweise die Teilnahme an Wahlen an der fehlenden Postadresse. Selbst Hilfsorganisationen im Bereich Obdachlosigkeit haben aufgrund der fehlenden Anschrift große Probleme, mit Obdachlosen in Kontakt zu treten bzw. in Kontakt zu bleiben. Ein Best-Practice-Beispiel gibt es in Sydney in Australien. Dort arbeitet die Post mit einer Hilfsorganisation zusammen und gibt Obdachlosen ein Postfach.

Diskriminierung reduzieren

- Gemeinsam mit Vertretern aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung einen Gesetzesvorschlag für ein Landesantidiskriminierungsgesetz erarbeiten.
- Anti-Diskriminierung/Anti-Rassismus-Fortbildungen an allen Dienststellen des Landes und Förderung der Anti-Diskriminierung/Anti-Rassismus-Fortbildung in den kommunalen Gebietskörperschaften.
- Anti-Diskriminierung sollte vor allem im gesamten Bildungssektor beispielsweise in Form von geschulten Konfliktlotsen und im Praktizieren von Gewaltfreier Kommunikation aktiv gelebt werden. Hierzu bedarf es einer hochgradigen Sensibilisierung der Erzieher*innen und der Lehrer*innen während ihrer Ausbildung und in lebenslangen Fortbildungen.

Gleichberechtigung und Gleichstellung

- In allen Landesbehörden, staatlichen Organisationen und deren Gesellschaften sowie in allen Städten und Gemeinden eine Quotierung ab der Besoldung A11 und der Entgeltgruppe E10. In Vorstands- und Aufsichtsratsgremien der öffentlichen Hand soll ebenfalls eine Quote eingeführt werden.

Wohnraum schaffen

- Kommunalen Wohnungsbestand ausbauen. Langfristig soll der Wohnungsbestand in kommunalem Besitz von gegenwärtig 3,4% auf mindestens 15% gesteigert werden.
- Wohnungsbaugesellschaften in Landkreisen ermöglichen. Hierbei soll es zudem Landkreisen ermöglicht werden, gemeinsam Wohnungsbaugesellschaften zu gründen.
- Trendwende bei Sozialwohnungen schaffen. 2008 gab es in Rheinland-Pfalz noch 77216 Sozialwohnungen. Laut einer Prognose des rheinland-pfälzischen Finanzministeriums werden es 2042 nur noch 8146 sein, ein Minus von 89%. Dieser Trend muss gestoppt und umgekehrt werden.

Genossenschaften fördern

- Genossenschaften fördern, da sie sich in Finanzkrisen als widerstandsfähiger erweisen und mehr wirtschaftliche Demokratie, Bürgerbeteiligung, mehr soziale Verantwortung der Unternehmen und eine effiziente Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen.
- Gründung einer Beratungsstelle "Genossenschaften", die im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist, und Ausstattung mit geeigneten finanziellen Ressourcen. Aufgabe der Beratungsstelle ist es, die Bürger*innen proaktiv über die Vorteile von Genossenschaften im Allgemeinen und Wohngenossenschaften im Speziellen zu informieren.

Gesellschaftlich teilhaben

In einer Zeit, in der wir alle uns den Herausforderungen der Klimakrise, des Artensterbens, der Umweltzerstörung, der sozialen Ungleichheit und vielem mehr stellen müssen, ist es wichtiger denn je, alle Menschen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen demokratisch mitzunehmen.

Gesellschaftliche Teilhabe - die Möglichkeit gehört zu werden, zu partizipieren und mitzugestalten - ist gerade in unserer heutigen Zeit von zentraler Bedeutung. Die Bereitschaft vieler Bürger*innen an der Gesellschaft konstruktiv mitzuwirken muss gestärkt werden, um die Demokratie und die demokratische Willensbildung zu stärken. In den letzten Jahren haben politische Kräfte Auftrieb erhalten, die die derzeitigen gesellschaftlichen Herausforderungen ignorieren oder gar leugnen. Statt Lösungen anzubieten, werden Ängste geschürt und versucht, die Gesellschaft zu spalten. Die anstehenden Herausforderungen unserer Zeit erfordern jedoch genau das Gegenteil: Eine zukunftsorientierte, realistische und positive Perspektive, welche die Lebenswirklichkeit und die Bedürfnisse der Menschen in ihrer Umwelt berücksichtigt, Lösungen aufzeigt und ihnen Ängste nimmt. Gesellschaftliche Teilhabe beinhaltet eine Vielzahl von politischen Themen:

- Höchste Standards bei der Transparenz, damit Bürger*innen die politische Entscheidungsfindung besser nachvollziehen können.
- Transparente und rechtskonforme Umsetzung von Beförderungen in Ministerien, um das Vertrauen in die Regierungsarbeit wiederherzustellen.
- Engagierte Bürger*innen wollen mehr Möglichkeiten Politik mitzugestalten. Hier bieten Bürger*innenforen, bürgerfreundlichere Petitionsprozesse und Bürger*innenbudgets neue Wege an.
- In der Asyl- und Migrationspolitik benötigen wir dringend einen Perspektivwechsel, weg vom separierenden "wir" und "die", hin zum gemeinsamen Miteinander als Menschen auf unserem Planeten.
- Politische Mitgestaltung von jungen Menschen sicherstellen, da sie u. a. von der Bewältigung der Klimakrise und der Bildungspolitik besonders stark betroffen sind. Gerade junge Menschen sollen ihre politischen Ideen in einem demokratischen Prozess formulieren können.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Bürgerbeteiligung auf Landesebene stärken

- Einrichtung einer Online-Plattform beim Petitionsausschuss des Landtages.
- Besserer Informationsaustausch zwischen Petitionsausschuss und Landtag. Das Amt der/des Bürger*innenbeauftragten soll für die Landesregierung in regelmäßigen Abständen einen öffentlichen Bericht über die vorgeschlagenen Themen erstellen. Das Amt ist mit den dafür benötigten Ressourcen auszustatten.
- Nutzerfreundliche und transparente Kommunikation. Der Zugang und die Nutzung des bestehenden Informationssystems des Landtags OPAL muss erleichtert und barrierefrei gestaltet werden.

Bessere Transparenz im Landtag

- Mehr Transparenz. Der Umgang von Abgeordneten und Lobbyist*innen soll unter Berücksichtigung der Empfehlungen von Lobbycontrol und Abgeordnetenwatch entsprechend reformiert werden. Hierbei ist vor allem die Ausweitung der Registrierungspflicht und Offenlegung von Kontakten zwischen Lobbyist*innen und Abgeordneten neu zu regeln.

Mehr demokratische Mitbestimmung junger Menschen

- Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein haben das bereits ermöglicht. Rheinland-Pfalz sollte endlich nachziehen.
- Politische Mitgestaltung junger Menschen fördern. Über eine geschützte Internetplattform - z.B. Schulen ans Netz - sollen junge Menschen landesweit an gemeinsamen politischen Petitionen arbeiten können. Dieser Prozess wird in dem neuen Schulfach "Demokratie leben" vorgestellt. Über diese Infrastruktur soll zudem ein gleichwertiger kommunaler Mitgestaltungsprozess aufgebaut werden.

Bürger*innen-Versammlungen bei Interessenkonflikten

- Interessenkonflikte professionell und demokratisch lösen. Bei politischen Entscheidungen, bei denen Mandatsträger in einem Interessenkonflikt stehen, kann das Parlament mit einer einfachen Mehrheit eine Bürger*innenversammlung einberufen.

Bürger*innen-Foren einrichten und Bürger*innen Budgets fördern

- Wissenschaftlich begleitete Bürger*innen-Foren nach dem irischen Modell aufbauen, um die Demokratie in Rheinland-Pfalz zu stärken. Bei wichtigen Entscheidungen wie z. B. bei Großprojekten, Maßnahmen des Klimawandels, der Gesundheits- oder Bildungspolitik, sollen Bürger*innen und Expert*innen in einem strukturierten Prozess gehört werden, dessen Ergebnisse dann in die Gesetzgebung und Umsetzung in RLP einfließen können.
- Einführung von Bürger*innenbudgets auf kommunaler Ebene fördern, indem es eine entsprechende technische Infrastruktur zur Verfügung stellt und den Budgetanteil der Kommune mit bis zu 50% bezuschusst. Eine Förderung kann auf einen angemessenen Betrag gedeckelt werden.

Asyl menschlicher gestalten und Integration fördern

- Bessere Betreuung und Integration von unbegleiteten minderjährigen Kindern. Diese Kinder brauchen vom ersten Tag an eine integrative, psychosoziale Betreuung und eine integrative Sprachförderung. Alle Kinder brauchen gleiche Bildungschancen.
- Bessere und längere Betreuung von alleinstehenden jungen Erwachsenen. Junge Menschen brauchen Halt und Hilfe, um den Start ins Leben auch nach der Schulzeit gut bewältigen zu können. Die Hilfen sollten im Einzelfall bis zum 27. Lebensjahr möglich sein.
- Mindeststandards für die Unterbringung von Geflüchteten. Das Land soll mit den Kommunen landesweit menschenwürdige Standards für die Unterbringung von Geflüchteten erarbeiten.

Den Kommunen sollen zusätzliche finanzielle Mittel zur bedarfsgerechten Unterbringung von Geflüchteten in dezentralen Unterkünften zur Verfügung gestellt werden.

- Landesweite Vermittlung von Wohnungen an Geflüchtete. Das Land sollte eine Datenbank einrichten, auf die die Kommunen zur Vermittlung von Wohnungen an Geflüchtete zugreifen können.
- Erhöhung des Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst. In Koordination mit den Dienststellen der Landesbehörden sollen Maßnahmen entwickelt werden, um den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst zu erhöhen.
- Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete. Volt schließt sich den Forderungen des Initiativ-ausschusses für Migrationspolitik Rheinland-Pfalz an und unterstützt die Forderung nach einer jährlichen Aufnahmequote besonders verletzlicher Geflüchteter aus Erstaufnahmeländern.
- Stärkere deutsche Beteiligung am UNHCR Resettlement Programm. Um für Menschen aus Krisengebieten sichere Wege nach Europa zu öffnen, sollte sich Rheinland-Pfalz im Bundesrat für eine derartige Asylpolitik stark machen.

Staat und Religion trennen

- Keine durch die öffentliche Hand finanzierte Diskriminierung von Personengruppen. Beispielsweise sollen auch bei kirchlichen Trägern Menschen aufgrund von sexueller Orientierung, Religion oder Scheidung nicht mehr diskriminiert oder gar gekündigt werden.

Dem Protest eine vernünftige Stimme geben

- Wissenschaftlich begleitete Pilotprojekte auf kommunaler Ebene, die die neuen Mechanismen der Mitbestimmung erforschen. Auf diese Pilotprojekte können sich Kommunen bewerben. Die Kosten der Durchführung und die wissenschaftliche Evaluation werden vom Land finanziert.

Klimakrise jetzt anpacken

Die wissenschaftlichen Fakten zur Klimakrise sind alarmierend und lange bekannt. Trotz der mutigen, globalen Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung, fällt es den etablierten politischen Parteien außerordentlich schwer, angemessene politische Maßnahmen zu ergreifen. Der Raubbau des Menschen an der Natur hat verheerende Auswirkungen und bedroht unsere Lebensgrundlage. Entschieden, schnelles und gemeinsames Handeln auf allen politischen Ebenen ist lange überfällig.

Es reicht nicht, die Verantwortung für den Klimawandel auf das Individuum abzuwälzen oder auf freiwillige Maßnahmen der Industrie zu warten. Konsumverzicht allein reicht nicht aus, um die CO² Belastung nachhaltig zu verringern, Umweltschäden zu beheben oder die Wirtschaft zu nachhaltigen Produktionsstandards zu bringen. Es ist Aufgabe der Politik, die Transformation unseres Wirtschaftssystems hin zu einer nachhaltigen, fairen und klimaneutralen Kreislaufwirtschaft aktiv zu steuern. Für Volt ist es unverzichtbar, dass wir diese grundlegende Neugestaltung gemeinsam und grenzüberschreitend realisieren. Nur wenn in diesem Prozess die Bedürfnisse aller gehört werden und in die politische Ausgestaltung der Transformation mit einfließen, werden wir die globale Klimakrise bewältigen.

Die elementare Bedeutung der Pariser Klimaziele ist den meisten Menschen bewusst. Weltweit zeigt die wissenschaftliche Gemeinschaft immer deutlicher die historisch einmalige Notsituation für das Leben auf dem Planeten Erde auf. Von den prognostizierten Szenarien sind in den letzten Jahren leider die negativsten eingetreten. Das globale Ökosystem ist durch den Klimawandel und die immer weiter fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen existenziell bedroht.

Wissenschaftliche Erkenntnisse, demokratisch legitimierte Ziele und weltweite Vernetzung sind wichtige Grundlagen, um die richtigen Maßnahmen zur Lösung der vielfältig anstehenden Probleme zu finden. Aber erst eine darauf aufbauende politische Umsetzung kann die Klimakrise lösen und die Folgen des Klimawandels wirksam bekämpfen.

Auch wenn die Herausforderungen überwältigend erscheinen, sollte die Landesregierung ihren gesamten politischen Gestaltungsspielraum nutzen, um gemeinsam mit Expert*innen einen konkreten Handlungsplan aufzustellen, der unser Bundesland schnellstmöglich und bis spätestens 2035 komplett klimaneutral und wirtschaftlich nachhaltig macht. Die zu erarbeitende Transformation sollte darüber hinaus den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft deutlich stärken. Die Einhaltung des konkret terminierten Handlungsplans sollte von einem unabhängigen Gremium, bestehend aus Fachleuten, Bürger*innen und Vertreter*innen der Landesregierung, regelmäßig überprüft werden.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Klimaneutralität bis 2035

- Das Landesklimaschutzgesetz ist so anzupassen, dass 100% Klimaneutralität in Rheinland-Pfalz bis spätestens 2035 erreicht wird.
- Handlungsplan zur Bewältigung der Klima- und Umweltkrise. Das Klimaschutzkonzept des Landes ist so anzupassen, dass es unter Einbezug der Bürger*innen und von Expert*innen alle zwei statt vier Jahre evaluiert und fortgeschrieben wird. Damit kann sichergestellt werden, dass die Maßnahmen zielführend sind und sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientieren.

Flächen sinnvoll nutzen

- Eine landesweite Studie zur Feststellung von Raumpotential für den natur- und sozialverträglichen Ausbau von Photovoltaik auf Dachflächen, an Straßenrändern und auf landwirtschaftlichen Flächen.
- Finanzielle Förderung von Initiativen zur Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen und Photovoltaikanlagen (Agrophotovoltaik).

Zukunftsfähiges Energiesystem

- Zukunftssicheren, bedarfsgerechten Ausbau des (dezentralen) Energienetzes, um den Herausforderungen der Energiewende zu begegnen.
- Erforschung und den Ausbau von Smart Grids und Speichertechnologien, wie beispielsweise Power-to-X.
- Förderung von privaten Speicherlösungen erhöhen, um mindestens auf den bundesweiten Durchschnitt von 20% der Investitionssumme zu kommen. Die derzeitige Förderung beträgt in Rheinland-Pfalz etwa 7%.
- Ausbau von KWK-Lösungen (Kraft-Wärme-Kopplung) und Nah- und Fernwärmesysteme aus erneuerbaren Quellen fördern.
- Förderung von kommunalen Modellen zum Bürger*innen-finanzierten Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Beispiel kommunaler Wind- oder Solarparks.

Smarte Städte und Regionen

- Entwicklung einer integrativen Landesstrategie für intelligente Städte und Regionen in Kooperation mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung.
- Schaffung eigener Fördertöpfe für Smart-City-Projekte.

100% Klimaneutrales Wohnen bis 2035

- Eine grundlegende Überarbeitung des Landesbaugesetzes, um klimaneutrales Wohnen bis spätestens 2035 zu realisieren.
- Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes soll die jährliche Sanierungsquote überprüft und Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden.
- Baugenehmigungen sind nur zu erteilen, wenn der Plus- bzw. Null-Energie-Standard erfüllt wird.
- Verringerung des Wohnungsbedarfs durch bevorzugte Förderung von flächeneffizientem Sanieren und Bauen oder Einführung von Anreizen wie z. B. eines „Wohngemeinschafts-Bonus“.
- Verpflichtende Treibhausgasbilanzierung der Baustoffe für alle Neubauten, Vorgabe von Maximalwerten.
- Kommunale Vorgaben, zum Anteil biogener Baustoffe in Bebauungsplänen oder bei der Vergabe städtischer Grundstücke z. B. 60%.
- Massive Förderung von Holzbau und klimafreundlichen Baustoffen.

Artenvielfalt und Nachhaltigkeit ernstnehmen

Deutschlandweit sind derzeit ein Drittel aller heimischen Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht, Tendenz steigend. Nur ein gesundes und robustes Ökosystem bietet die Grundlage für unser Leben. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Unsere natürlichen Ressourcen dürfen nicht weiter ausgebeutet werden. Vielmehr braucht unser Ökosystem großzügige Rückzugsräume. Kanalisierte Bäche, Fluss-, Auen-, und Moorlandschaften, die nicht unmittelbar andere Funktionalität haben, sollten renaturiert werden. Lebensfeindliche Teerpappe-Wüsten auf Flachdächern sollten der Vergangenheit angehören. Sämtliche Agrar- und Dachflächen müssen nachhaltig bewirtschaftet werden. Straßen- und Stadtbegrünung müssen ausgebaut, Lebensmittelverschwendung und Lichtverschmutzung reduziert werden.

Artenvielfalt und Nachhaltigkeit ist kein Luxus, sondern essentiell für unsere Zukunft. Der Erhalt unserer Lebensgrundlage muss endlich ernst genommen und gestärkt werden.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Nachhaltige Nutzung versiegelter Flächen

- Vollständige und nachhaltige Nutzung von neu gebauten Dachflächen ab dem ersten Quadratmeter. Flachdächer sind ambitioniert zu begrünen. Erneuerbare Energien haben auf Dächern Vorrang. Die Kombination von Dachbegrünung und erneuerbarer Energieerzeugung ist zu bevorzugen.

- Für Flachdächer aller neuen Gebäude, die mehr als 200m² Dachfläche aufweisen und sämtliche Dachflächen von öffentlichen Gebäuden muss ein ambitioniertes Begrünungskonzept umgesetzt werden.
- Förderprogramm zur Dach- und Fassadenbegrünung durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz auflegen.
- Förderung jährlicher, kommunaler Wettbewerbe für die nachhaltigste und innovativste Gebäudebegrünung.

Renaturierung von Fluss-, Auen- und Moorlandschaften

- Großflächige Renaturierung kanalisierter Bäche, Fluss-, Auen-, und Moorlandschaften, die nicht zwingend eine andere Funktionalität haben. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll ein Handlungsplan erstellt werden, der deutlich ambitionierter ist als das bisherige Aktionsprogramm Blau Plus und der die Renaturierung in den nächsten 40 Jahren verbindlich fest schreibt. Die Einhaltung dieses Plans wird alle zwei Jahre vom Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen überprüft und das Ergebnis veröffentlicht.

Straßen- und Stadtbegrünung

- Anreize für Kommunen schaffen, um mehr Grün, zum Beispiel auf Verkehrsinseln und kommunalen Grundstücken, zu pflanzen. Hierbei sollen nach Möglichkeit regionale Pflanzenarten verwendet werden.
- Die zeitliche Abstimmung der Mäharbeiten an den Straßenrändern, an Dämmen oder Feldwegen, so dass diese erst nach der Blütezeit stattfinden.
- Anlegen von Blühwiesen auf geeigneten öffentlichen Flächen. Hiermit soll der Lebensraum für Bienen und Insekten deutlich vergrößert werden. Die Wahl der Pflanzenarten ist dabei an die jeweilige Fläche anzupassen. Heimische und klimaresistente Pflanzen sind zu bevorzugen.

Lebensmittelverschwendung stark reduzieren

- Foodsharing Initiativen fördern und für Rechtssicherheit sorgen. Rheinland-Pfalz soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Retten von Lebensmitteln ("Containern") nicht mehr kriminalisiert wird.
- Dokumentationspflicht sämtlicher öffentlicher Kantinen, damit Lebensmittelverschwendung minimiert wird.

Lichtverschmutzung reduzieren

- Verabschiedung eines Landesgesetzes gegen Lichtverschmutzung, das den Einsatz intelligenter, umweltfreundlicher Beleuchtung im öffentlichen Raum, die zeitliche Limitierung von Gebäudeanstrahlung und die Reduzierung beleuchteter Werbeflächen im öffentlichen Raum gesetzlich regelt.
- Anpassung der Landesbauordnung an die Vorgaben des Gesetzes gegen die Lichtverschmutzung in Bezug auf die Beleuchtung von privaten Grundstücken und gewerblichen Immobilien.

Agrarwirtschaft entwickeln

Die Agrarwirtschaft ist der Teil des primären Sektors der Wirtschaft, der sich mit der Produktion von Gütern aus der Tier- und Pflanzenwelt beschäftigt. In Rheinland-Pfalz betrifft das die Land- und Forstwirtschaft mit besonderem Fokus auf Wein-, Obst- und Gemüsebau. Agrarwirtschaft sehen wir im Gesamtzusammenhang mit den Erzeugern, Verarbeitern, Händlern, Verbrauchern und nicht zuletzt mit der Natur, also dem Klima, der Umwelt, insbesondere den Böden, dem Wasser und der Atmosphäre.

Eine nachhaltige Produktion ist die zwingende Voraussetzung, um unsere Lebens- und Arbeitsgrundlage zu erhalten. Auf europäischer Ebene, aber auch lokal, sind daher zahlreiche Maßnahmen notwendig. Um für die nachhaltige Produktion neue Wege zu gehen, bedarf es mehr Wissen und somit engerem Kontakt zwischen Endverbraucher*innen, Erzeuger*innen und verarbeitenden Betrieben sowie Händler*innen.

Die landwirtschaftliche Produktion ist in vielfältiger Weise reglementiert und wird unter Auflagen gefördert. Dies erzeugt bei Verwaltung und Erzeugern einen beträchtlichen bürokratischen Aufwand. Um Landwirte zu entlasten, besteht in der Kommunikation mit der Verwaltung deutlicher Verbesserungsbedarf.

Der Weinbau nimmt in Rheinland-Pfalz mit mehr als 60% der deutschen Weinbaufläche eine besondere Stellung ein. Fast zwei Drittel des deutschen Weines wird hier erzeugt. Wir sehen Wein als Genuss- und Kulturgut an. Darum setzt Volt beim Weinbau einen besonders starken Fokus auf eine nachhaltige, ressourcenschonende Bewirtschaftung. Idealerweise durch eine Umstellung auf 100% ökologischen Weinbau.

Rheinland-Pfalz hat, gemeinsam mit Hessen, die größte Walddichte unter den Bundesländern und liegt mit 42% Bewaldung über dem Bundesdurchschnitt. Mit dem Pfälzerwald weist Rheinland-Pfalz zudem das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands auf. Dieses geht direkt in große Waldflächen in Frankreich über und stellt mit diesen ein einzigartiges Nachhaltigkeitsprojekt dar. Der Lebensraum Wald sollte in Rheinland-Pfalz in besonderem Maße bei Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt werden. Konkret wollen wir naturnahe Waldbewirtschaftung fördern.

Nicht zuletzt muss die Agrarwirtschaft an den klimatischen Wandel angepasst werden. Hier spielt die direkte Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen, eine neu ausgerichtete Wasserhaushaltung und die Förderung von neuen Ansätzen, wie die Erforschung von Agroforstsystemen, eine zentrale Rolle.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Landwirtschaft und Verbraucher zusammenbringen

- Ernährung und Landwirtschaft stärker im Lehrplan der Schulen berücksichtigen, u. a. durch verpflichtende Schulausflüge, Patenschaften und Gastbeiträge von Landwirt*innen in Schulen.
- Staatliches Marketing bzgl. Aufklärung und Informationsaustausch stärken. Wir benötigen realitätsgetreue Einblicke in die Landwirtschaft und nicht nur das Wissen über Spitzenprodukte oder unrealistische Klischees, wie sie sich in der Werbung wiederfinden.
- Landesweiten "Tag der offenen Tür" bei Erzeugern, den verarbeitenden Betrieben und dem Handel, um das Wissen über die Erzeugung und die Vielfalt von Lebensmitteln zu stärken.
- Förderung von Mitmach-Projekten und "Solidarischer Landwirtschaft" zum Beispiel durch Förderung von Abnehmergenossenschaften.

Smart State in der Landwirtschaft

- Bessere Zusammenarbeit zwischen Erzeugern und Verwaltung durch Ausbau der digitalen Kommunikation.
- Bessere Vernetzung der Institutionen, um administrative Aufwände in der Verwaltung und bei Erzeugern zu verringern.
- Moderne Ausstattung der Institutionen, z. B. dem Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum, damit die Unterstützung der Erzeuger auf dem Stand der Technik, wie beispielsweise leistungsstarken Web-Angeboten, geschieht.

Weinbau nachhaltig entwickeln

- Schnelle Umsetzung der neuen Wein-Verordnung. Der Fokus auf die Herkunft fördert den Qualitäts- und Nachhaltigkeitsgedanken.
- Herbizid-freien Weinbau. In einer Übergangsphase fordern wir eine entsprechende Deklarationspflicht.
- Reduzierung mineralischer Düngung, vor allem mineralischer Stickstoff-Dünger.
- Einsatz starker Rebsorten (pilzwiderstandsfähige Sorten). Fördermittel werden an einen Mindestanteil starker Rebsorten bei einer Umstrukturierung gebunden.
- Schaffung von mehr ökologischen Nischen für Insekten im Landbau. Im Weinbau sollte „Monokultur“ minimiert werden.

Forstwirtschaft ökologisch, nachhaltig, klimaangepasst, sozial gerecht und wirtschaftlich gestalten

- Reform der Bezuschussung praktischen Naturschutzes. Ausgleichsmaßnahmen müssen einen größeren Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit legen und unabhängiger von der zur Verfügung stehenden Investitionssumme konzipiert werden. Hierzu bedarf es eines Maßnahmen- und Produktkatalogs.
- Ermöglichung der naturnahen Waldbewirtschaftung. Mischwälder fördern, mehr Naturwaldreservat für Biodiversität entstehen lassen (passive Anpassung). Förderung bzw. Anreize schaffen für Kommunen und private Waldeigner.
- Förderung der Anpflanzung einheimischer Bäume, wie auch „neuer“, gegen den Klimawandel besser gewappneter Baumarten und deren Erforschung.
- Förderung der Erforschung der Holznutzung für den Bau, z. B. Buchenholzforschung.
- Förderung der Erforschung von Kartierungs- und Messmethoden mit z. B. Drohnen.
- Aufklärungsarbeit in Schulen und der Öffentlichkeit über die Rolle des Forsts und der Forstwirtschaft, damit das substantielle forstliche, nachhaltige Wirtschaften mehr Anerkennung und Verständnis findet.

Klimaanpassungen anpacken

- Wasser aus Starkregenereignissen auffangen. Speichermechanismen für die spätere Nutzung entwickeln oder durch gezielte Versickerung dem Grundwasser zuführen. Entwässerung der Böden maximal reduzieren.
- Förderung von innovativen Agroforstsystemen, z. B. mehr Streuobstwiesen.
- Zusammenarbeit von Landwirt*innen mit Forschungseinrichtungen stärken, um die Entwicklung neuer Strategien zu fördern.

Mobilität umbauen

Die Bewältigung der Klimakrise, die Stärkung der Biodiversität, die Transformation unseres Wirtschaftssystems sowie das Ziel einer erhöhten Lebensqualität in Stadt und Land bedingen ein grundlegendes Umdenken unserer Mobilität. Der Anteil des individuellen Autoverkehrs muss nachhaltig reduziert werden. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr und weitere alternative Mobilitätsformen müssen ausgebaut werden, sodass die individuellen Mobilitäts-Bedürfnisse der Menschen vollständig berücksichtigt werden können. Es müssen nun politische Weichen gestellt werden, damit ein Wandel im Güter- und Personenverkehr erreicht werden kann.

Der Mobilitätssektor leistet zurzeit leider noch nicht seinen Anteil bei der Bewältigung der Klimakrise. Der CO₂-Ausstoß durch den Verkehr hat in den letzten Jahren sogar zugenommen. Die nachhaltige Weiterentwicklung der Mobilität ist für Volt von hoher Bedeutung, da sie die Möglichkeit bietet, den Menschen wieder mehr Raum, Wohlbefinden und bessere Lebensqualität zu geben. Hierbei setzt Volt auf die folgenden Veränderungen:

- Fortschrittliche Stadtentwicklung durch die Stadt der kurzen Wege.
- Stärkere Förderung des täglichen Fuß- und Radverkehrs, indem Straßenräume umgewidmet und für Fuß- und Radverkehr geplant werden.
- Kostengünstigen, hochfrequenten, durchgängigen und flächendeckenden Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im gesamten Bundesland Rheinland-Pfalz inklusive adäquater Anschlussmöglichkeiten zu allen Nachbarregionen, sowohl inner- als auch außerhalb Deutschlands.
- Flächendeckende Car-Sharing-Modelle, um auch spontane, individuelle Mobilität zu gewährleisten und mehr Fläche zu erschließen.
- Moderne Regulierung von Mobilitätskonzepten durch eine digitale Verwaltung (Mobility-as-a-Service).
- Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene und Binnengewässer.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Mobilität für ganz Rheinland-Pfalz

- Eine ÖPNV-Planung, die an keiner Landesgrenze halt macht. Langfristig streben wir in Rheinland-Pfalz einen öffentlich getragenen ÖPNV an.
- Landesweites Mobilitätsportal für Auskunft und Bezahlung aller Mobilitätsformen. Integration gängiger Systeme, beinhaltet Bike- & Car-Sharing, Park & Ride, Fähren, Mitfahrbörse, Echtzeitdaten der Verkehrsträger und bezieht die Kosten der CO₂-Bilanz mit ein.
- Aufbau regionaler Mobilitätszentren an ländlichen Bahnhöfen und auch in Regionen ohne Bahnanbindung inklusive ausreichend sicherer Fahrradabstell- und Langzeitparkplätze.
- Eine Mobilitätsgarantie im Landesnahverkehrsplan verankern, um auch in kleinen Gemeinden Mobilität jenseits des privaten PKWs zu ermöglichen. Dieses Angebot umfasst auch die frühen Morgen- und die späten Abendstunden, sowie die Wochenenden.
- Schnellbusverbindungen, die die Randgebiete und Regionen ohne Bahnanschluss verbinden, inklusive Integration der Mobilitätszentren.
- Klimaneutrale Antriebe für die Fuhrparks der staatlichen Einrichtungen, Anstalten öffentlichen Rechts und Unternehmen, die zu mind. 50% im Besitz des Landes sind.
- Erweiterung des Schienennetzes, indem kommunale Bedürfnisse im Rahmen der Initiative "Deutschlandtakt" eingebracht und stillgelegte Strecken reaktiviert werden, zum Beispiel die Zellertalbahn oder Neubrücke-Birkenfeld.

- Vier bis sechs landesweit koordinierte Raderlebnis-Sonntage pro Jahr. Die Kommunen wählen hierbei eigenständig die Straßen in ihrem Gebiet aus, die an diesen Tagen autofrei sind. Diese sind über eine zentrale Internetseite der Landesregierung einsehbar. An diesen Sonntagen wird der ÖPNV kostenlos angeboten.

Weniger Autos auf dem Land und in Städten - dank ÖPNV und Fahrrad

- Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für finanzschwache Kommunen, um eine angemessene ÖPNV-Versorgung gemäß der Verpflichtung durch das Nahverkehrsgesetz anbieten zu können.
- Einführung einer Kaufprämie für Fahrräder, Lastenräder und Pedelecs nach italienischem Vorbild, um das Fahrrad als alternative Mobilitätsform attraktiver zu machen.
- Landesweiter Ausbau von kompatiblen Leihfahrrad-Angeboten. Die Angebote schließen dreirädrige Lastenräder, die senioren- und behindertengerecht sind, mit ein.
- Entwicklung eines Pilotprojekts 'City-Maut' gemeinsam mit dem Städtetag Rheinland-Pfalz und Vertretern der Kommunen. Umsetzungsideen anhand von Beispielen in Stockholm und Montpelier.
- Ein landesweites Konzept, um öffentliche Parkplätze innerhalb von über 10 Jahren um 50% zu reduzieren. So kann öffentlicher Raum z. B. für Grünflächen oder Wohnbebauung wieder zur Verfügung gestellt werden. Dieses Konzept geht mit dem Ausbau adäquater Ausgleichsmaßnahmen einher, wie die Stärkung des ÖPNVs, Schaffung von Stellplätzen für Autos am Stadtrand, Carsharing usw.

Shared Mobility - Ein Auto für alle

- Eine ausreichende Infrastruktur für Carsharing-Anbieter schaffen. Dazu zählen Ladesäulen für E-Autos und eine Anpassung der Vorschriften zur Bereitstellung von Stellplätzen. Gesetzliche Förderung des Free Floating-Modells durch Anbieter-unabhängige Carsharing-Stellplätze.

Güterverkehr - Warentransport mit weniger LKW

- Bau der Eisenbahnstrecke zwischen Troisdorf und Mainz-Bischofsheim für den Güterverkehr gemäß der Korridorstudie Mittelrhein.
- Modernisierung und Sanierung der Binnenschiffahrts- und Hafenstruktur, um den Güterverkehr auf den Straßen zu entlasten. Hierzu zählt auch die landseitige Energieversorgung der Binnenschiffe.
- Konzept zur Weiterentwicklung der großen Häfen zu trimodalen Mobilitätshubs außerhalb urbaner Gebiete.
- Eine landesweite Untersuchung, in welchen Städten die letzte Meile des Warenverkehrs in die Stadtzentren hinein, durch Nutzung bestehender Infrastruktur (Straßenbahn) oder dem Nachrüsten zentrumsnaher Häfen, von der Straße wegverlagert werden bzw. auf der Straße ausschließlich emissionsarmer Warentransport stattfinden kann.
- Rheinland-Pfalz als Modell-Bundesland für den Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur. Dies soll entlang der Bundesautobahnen 3, 6 und 61 aktiv eingefordert und gefördert werden. Die in Studien prognostizierten Infrastrukturmaßnahmen zur Förderung einer wasserstoff-getriebenen LKW-Flotte in Rheinland-Pfalz sollen deutlich schneller und bis 2028 erreicht werden.

Bildung - inklusiv, individuell und digital

Nicht nur die Bewältigung der Klimakrise, sondern auch der Erhalt der Artenvielfalt, der Umbau unseres globalen Finanz- und Wirtschaftssystems hin zu einer fairen und nachhaltigen Kreislaufwirtschaft, die soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft und vieles mehr, erfordern große Transformationen bzw. Veränderungen unserer Gesellschaft. Hierfür bedarf es kreativer, reflektierter und gut begründeter neuer Ansätze bzw. mutige und selbstkritische Weiterentwicklungen. Unsere wichtigste Zukunftsressource ist daher die Bildung! Oder ganz nach Nelson Mandela: "Bildung ist die mächtigste Waffe, die wir verwenden können, um die Welt zu verändern."

Das hierzu benötigte Bildungssystem der Zukunft:

- › macht Angebote für alle Altersgruppen und ermöglicht so ein lebenslanges Lernen.
- › ist mindestens bis zum ersten Schulabschluss ein Treffpunkt für unsere gesamte Gesellschaft.
- › ist inklusiv und stellt sicher, dass sich in jungen Jahren jedem die gleichen Chancen bieten.
- › geht auf die individuellen Bedürfnisse aller beteiligten Akteure ein und gibt dafür den Schulen mehr Autonomie.
- › baut auf Mündigkeit und setzt somit auf mehr Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, eigenständiges Denken und weniger auf permanente Vorgaben und Kontrolle.
- › macht digitalisierte Bildung zu einem zentralen Bestandteil des Bildungssystems.
- › setzt im ersten Schritt auf deutschlandweit und im zweiten Schritt auf europaweit einheitliche Bildungsabschlüsse und hinterfragt somit in Teilen die föderale Bildungsstruktur.
- › stellt die individuelle Förderung in den Mittelpunkt.
- › setzt in den Sekundarstufen und vor allem ab der siebten Klasse, verstärkt auf individuellen, jahrgangs-, fächer- und schulübergreifenden sowie teilweise global vernetzten Projektunterricht.
- › stellt die Vereinbarung von Familie und Beruf vollständig sicher.
- › schafft Freiräume für Kreativität und eigene Bedürfnisse.
- › ist für alle kostenlos zugänglich.

Frühkindliche Bildung - das Beste für unsere Kleinsten

Die frühkindlichen Erfahrungen mit unserem direkten Umfeld prägen uns so stark wie zu keinem weiteren Zeitpunkt in unserem Leben. In dieser äußerst sensiblen Lebensspanne sollte der Staat besonders hohe Ansprüche an das Miteinander stellen. Kinder und Eltern sollten hier mit besonders hochwertigen Angeboten unterstützt werden.

Bildung und Wissen sind in einem Land ohne nennenswerte Rohstoffe das einzig wirkliche Zukunftspotential. Für Familien darf der Kinderwunsch nicht zur Armutsfalle werden. Die Umsetzung von Chancengleichheit ist zudem ganz wesentlich davon abhängig, ob Familien auf ausreichende und frei verfügbare Kinderbetreuung zurückgreifen können.

Auch wenn Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren schon einiges in frühkindlichen Bereichen umgesetzt hat, so zum Beispiel bei der Beitragsfreiheit von Kindergärten oder bei der Schaffung von neuen Kindertagesstätten, so gibt es gerade im Kitabereich auch noch sehr viele Mängel.

Chancengleichheit verbessern

- Zugang zu Kindergärten vereinfachen und bürokratische Hürden abbauen. Der kostenlose und einfache Zugang zu Kindergärten ab dem 3. Lebensjahr ist ein Grundstein für eine gute Bildung.
- Sprachförderung im Vorschulalter. Eine flächendeckende und professionelle Sprachförderung in der Kita, um die Chancengleichheit in der Bildung nicht bereits ab dem ersten Schultag zu verbauen.

Qualität steigern

- Aufwertung des Erzieher*innenberufs. Es sollen Studienangebote für ein duales Studium der Kindheitspädagogik geschaffen und dadurch der Akademikeranteil an Kitas erhöht werden. Diese Erzieher*innen sollen später im Beruf Grundschullehrer*innen finanziell gleichgestellt werden.
- Adäquate Vergütung während der Ausbildung. Sämtliche praktische Arbeiten sollen bereits während der Ausbildung adäquat und voll vergütet werden.
- Kindgerechte Personalschlüssel & Gruppengrößen sicherstellen. Durch eine Reduktion der Gruppengrößen bei gleichzeitiger Einstellung zusätzlichen Personals sollen nicht nur die Erzieher*innen entlastet, sondern auch eine kindgerechte Betreuung in den Kitas sichergestellt werden. In der Krippe sind 3 Kinder, im Kindergarten 7,5 Kinder pro Erzieher*in anzustreben. Die Gruppengröße sollte 9 Kinder in der Krippe und 15 Kinder im Kindergarten regulär nicht übersteigen.
- Den verstärkten Ausbau von bilingualen Kitas in den Grenzregionen. Hierbei sollen lokal, grenzübergreifende Kita-Partnerschaften gefördert werden.
- Entlastung der Erzieher*innen durch ein gefördertes, europäisches Freiwilligenprogramm.
- Steigerung der Qualität der ausgegebenen Speisen. Das Essen in der Kita sollte ausgewogen sein und frisch zubereitet werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf optimieren

- Betreuung verbessern. Nach französischem Vorbild sollte Kinderbetreuung in Rheinland-Pfalz ab dem 7. Lebensmonat durchgängig bis zum Schuleintritt ermöglicht werden.
- Transparentere und schnellere Vermittlung von Kitaplätzen. Ab der Geburt sollte es möglich sein, den individuellen Bedarf nach einem Kitaplatz auf digitalem Weg anzumelden. Nach der Bedarfsanmeldung sollte es spätestens nach 6 bis 8 Wochen Planungssicherheit für die Eltern geben.

Schulbildung - Gemeinsam, individuell, autonom, digital und zufrieden

Jahrzehntelang befand sich die Bundesrepublik Deutschland und so auch Rheinland-Pfalz, bildungspolitisch in einer ideologisch aufgeblasenen, verhärteten und dadurch kompromisslosen Auseinandersetzung. Es gab Diskussionen über die generellen Bildungsstrukturen - mehrgliedriges Schulsystem versus Gesamtschule - und Diskussionen über die Art und Weise, wie unterrichtet wird. Zu guter Letzt gibt es eine eher neue, personengruppenbezogene Konfliktlinie - Eltern gegen Lehrer*innen. Im Zuge internationaler Schulleistungsuntersuchungen wie PISA (Programme for International Student Assess-

ment), die dem deutschen Schulsystem teilweise ein unterdurchschnittliches Abschneiden bescheinigten, wurden in den letzten 15 Jahren einige tiefgreifende Reformen durchgeführt. Diese wurden in der Mehrzahl der Fälle im Eiltempo ohne die Beteiligung der relevanten Akteure - der Schulen und ihrer Lehrer*innen - von oben angeordnet. So verfehlten diese Reformen aufgrund ihrer halbherzigen Entwicklung und ihrer oftmals hastigen Umsetzung größtenteils ihre selbstgesteckten Ziele.

Volt möchte all die oben genannten Fronten aufweichen, pragmatische, partizipative und situationsabhängige Lösungen entwickeln und somit die unterschiedlichen Akteure - allen voran die Lehrer*innen - bei der Entwicklung moderner Bildungskonzepte einbeziehen. Die Lehrer*innen sind die Expert*innen vor Ort. Sie sind die zentralen Akteur*innen im Bildungssystem. Sie benötigen Entlastung und mehr individuelle Gestaltungs- und Entscheidungskompetenzen. Nicht zuletzt sollten auch die Schüler*innen und Eltern immer wieder einbezogen werden. Konzepte können nur dann gelingen, wenn die Stimmen und Bedürfnisse möglichst vieler Beteiligter berücksichtigt werden.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Chancengleichheit endlich ernst nehmen

- Gemeinsamer Unterricht von Klasse eins bis sechs.
- Gemeinsame Schule bis zum ersten Bildungsabschluss. Hier erleben Schüler*innen ab der siebten Klasse in fachspezifischen und ggf. jahrgangsgemischten Leistungsgruppen eine individuelle Bildungsbiographie und erlangen ein persönliches Profil mit unterschiedlichen Leistungsniveaus. Anstelle der räumlichen Trennung durch unterschiedliche Schultypen tritt ein individualisiertes Angebot an unterschiedlichen Fächern und Projekten mit jeweils unterschiedlichen Leistungsniveaus.
- Variable Oberstufe. Schulen können eigenständig entscheiden, ob sie eine zwei-, zweieinhalb- oder dreijährige Oberstufe anbieten.

Schulautonomie ausbauen

Mitgestaltung ermöglichen - Bedürfnisse erfüllen - Zufriedenheit steigern

- Umfassender Ausbau von Schulautonomie. Dieser beinhaltet: Die Gestaltung eigener Schulcurricula. Eigene Ressourcen für schulinterne Fortbildungsplanung. Eigene Personalplanung, -einstellung und -verwaltung. Eigener Etat für administratives Personal und Sonderausgaben. Eigene Ressourcen für die schulinterne Unterrichtsentwicklung. Eigene Konzeption von Feedbackmöglichkeiten und die Möglichkeit der Reduktion von Benotung.
- Soziale Unterstützung. Aufgrund von Sozialindikatoren erhalten Schulen mehr Ressourcen.
- Professionelle Unterstützung. Autonome Schulen erhalten eine kontinuierliche und intensive Unterstützung durch Expert*innen der Schulbehörden.

Fairness und Mobilität stärken durch vergleichbare Abschlüsse

- Einführung von zentralen Abschlussprüfungen. Rheinland-Pfalz ist bei der Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen absolutes Schlusslicht in Deutschland, da es als einziges Bundesland noch kein Zentralabitur eingeführt hat.
- Harmonisierung der Schulabschlüsse in Deutschland. Eine zentral organisierte, deutschlandweite Koordination der Abschlussprüfungen und ihrer Benotung ist anzustreben.
- Einführung eines gemeinsamen Referenzrahmens für die Bildungsqualität auf bundesdeutscher und europäischer Ebene.

Konflikte und Mobbing endlich ernst nehmen

- Professionelle Beratungsgespräche. Allen Schüler*innen sollte die Möglichkeit gegeben werden, innerhalb der Schule in Konfliktfällen oder bei persönlichen Belastungen in regelmäßigen Abständen professionelle Hilfe zu erhalten.
- Mobbing strukturell reduzieren. Um Diskriminierung in der Schule stärker zu thematisieren, müssen Lehrer*innen sensibilisiert und besser in sozialer Beratung und Konfliktlösung trainiert werden. Gerade in schwierigen Situationen dürfen Lehrer*innen nicht alleine lassen gelassen werden und zur Bewältigung bedarf es mehr Zeit. Konfliktmanagement durch Schüler*innen sollte flächendeckend Schulalltag werden. Mobbing kann zudem strukturell über Projektunterricht in Kleingruppen und mehr Team-Unterricht reduziert werden.

Individuelle Selbstentfaltung

- Ausbau von projektbasiertem Unterricht, zum Teil fächer-, jahrgangs- und schulübergreifend sowie digital vernetzt auch weltweit möglich.

Realitätsnahe Lehrer*innen Ausbildung, die auf Kreativität und Vertrauen setzt

- Grundlegende Neukonzeption der Lehrer*innen Ausbildung als sehr realitätsnahes duales Studium, welches zudem flächendeckendes Teamteaching ermöglicht.
- Grundlegende Reform des Referendariats, die eine eigenständige Durchführung des Unterrichts und regelmäßige Supervision auf Augenhöhe vorsieht und auf Bewertung größtenteils verzichtet.
- Lebenslange und regelmäßige Super- und Intervisionen für alle Lehrer*innen.

Aufwertung des Lehrer*innen Berufs

- Das Koeffizientensystem mit Luxemburg und Österreich als Vorbild, bei dem die Anzahl der Deputatsstunden an das Fach gebunden wird, so dass am Ende alle Lehrer*innen ein gleiches Arbeitspensum haben.
- Reduzierung der Lerngruppengröße, vor allem in Grundschulen und in der frühen Sekundarstufe, auf eine maximale Klassengröße von 22 Schüler*innen.
- Grundschullehrer*innen besser vergüten. Grundschullehrer*innen sollten wie Lehrkräfte der Sekundarstufe mit A13 besoldet werden.

Individuelles Feedback stärken

- Ergänzende Lernentwicklungsberichte. Der Fokus auf Noten soll reduziert und die Bewertung der Schülerleistungen durch Lernentwicklungsberichte ergänzt werden. Regelmäßige Feedbackgespräche sollten auf Augenhöhe geführt werden.
- Verstärkter Einsatz von anonymisierten Wissensabfragen im Unterricht. Diese relativ neuartige Abfrage des Wissensstandes bietet viele Vorteile: Lehrer*innen und Schüler*innen erhalten sehr schnell einen umfassenden Überblick über den Wissensstand in der Klasse. Durch die Anonymität der Befragung können die Schüler*innen ehrlich und ohne Prüfungsangst antworten. Die quizartige Wissensenerhebung steigert zudem die Aufmerksamkeit und Teilnahmebereitschaft der Schüler*innen.

Ausbau von Ganztagsschulen

- Anspruch auf Ganztagsschule. Jede Familie hat bis einschließlich der sechsten Klasse Anspruch auf einen Platz an einer Ganztagsschule.
- Mehr AGs und Poolstunden zur Förderung von Schüler*innen. Nachmittagsangebote an Schulen sollen mindestens so vielfältig und bunt sein, wie die Menschen, die die Schule besuchen.
- Nachhilfe und Hausaufgaben in die Schulzeit verlagern. Chancenungleichheit entsteht noch immer durch eine beträchtliche Verlagerung des derzeit bestehenden Bildungsauftrags ins Private. Gerade an Ganztagsschulen kann dies durch entsprechende Betreuung vermieden werden.

Lehrpläne fürs Leben

- Einführung eines Fachs "fürs Leben" mit Lerninhalten wie: Nachhaltigkeit, Steuersystem, Steuererklärungen und Finanzen, Ernährungslehre, Versicherungen und Sozialsystem, Rechte und Pflichten.
- Neutralität. In einem konfessionslosen Religionsunterricht sollen alle Weltreligionen und gängigen Weltanschauungen wertfrei unterrichtet werden.
- Internationale Verständigung als Priorität. In unserer globalisierten Welt, die in den meisten Lebensbereichen der Menschen bereits heute zu globaler Vernetzung führt, ist sprachliche Verständigung eine Grundvoraussetzung. Aus diesem Grund soll das Erlernen und das Anwenden der englischen Sprache in der Schulzeit weiter vertieft werden. Wir fordern daher Englischunterricht ab spätestens der dritten Klasse. Da man Sprache vor allem über das Sprechen und das Zuhören lernt, fordern wir bilingualen Unterricht in einer Vielzahl an Fächern und bei vielen Projekten.
- Ein Fach zur Informatik, Technik und Medien. Lehrpläne weisen hier noch immer einen großen Mangel auf und laufen den technologischen Entwicklungen deutlich hinterher. Volt fordert ein Unterrichtsfach, in dem sich Schüler*innen in Form von Projekten kohärent aufeinander aufbauend mit den Themen Informatik, Technik und Medien auseinandersetzen.

Teilhabe als gesellschaftliche Aufgabe

- Inklusion und Umgang mit Heterogenität als verpflichtender Baustein in der Lehrer*innenausbildung und -fortbildung. Regelschulen sind auf stark heterogene und/oder inklusive Settings nicht ausreichend vorbereitet. Hierdurch werden Lehrkräfte schnell überfordert bzw. desillusioniert. Inklusion und Umgang mit Heterogenität jeglicher Art (Mehrsprachigkeit, sozialer Status, sonderpädagogischer Förderbedarf) sollte verpflichtender Baustein in der Lehrer*innenausbildung aller Schularten sein.
- Regelschulen als primärer Schulort, Förderschulen als Wahlmöglichkeit. Eltern sollen zwischen dem gemeinsamen Lernen oder dem Besuch der Förderschule wählen dürfen.
- Inklusion an allen Bildungseinrichtungen. Inklusionshelfer*innen sollen strukturiert ausgebildet und angemessen vergütet werden.
- Stärkung der Frühförderung. Kinder sollen bereits vor der Einschulung notwendige Förderung für einen guten Schulstart erhalten.

Schüler*innenaustausche erweitern den Horizont

- Einen umfangreichen und kostenlosen internationalen Schüler*innenaustausch für jede*n Schüler*in. Schüler*innenaustausche erweitern Horizonte, stärken Eigenständigkeit und soziale Kompetenz und können eine wichtige Rolle bei der Persönlichkeitsentwicklung spielen.

Digitalisierung endlich kopieren

- Eine digitale Offensive, die sich skandinavische Länder als Vorbild nimmt.
- Administrierte Notebooks werden für alle Lehrer*innen und alle Schüler*innen ab der fünften Klasse Standard.
- Eine zentrale digitale Kommunikations- und Lernplattform. Digitale Lernangebote sind der Schlüssel zu individueller Beschulung. Vernetzung beim Homeschooling und bei schulübergreifenden Projekten benötigt eine adäquate Kommunikationsplattform für Videokonferenzen, Chats, Feedback- und Abstimmungstools und vieles mehr.
- Realisierung von schulübergreifendem Projektunterricht. Die Digitalisierung bietet die einmalige Chance, Projektunterricht schulübergreifend und sogar international zu realisieren.
- Eine zentrale Schul App. In Finnland existiert bereits seit 10 Jahren eine umfangreiche App, die die Kommunikation zwischen Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen erleichtert.

Berufsschule - Attraktiv, aktuell, digital und europäisch

Gerade die Arbeitswelt wandelt sich in einem sehr hohen Tempo. Um Menschen auf die neuen Gegebenheiten gut vorzubereiten, bedarf es einer innovativen und gut ausgestatteten Berufsschule.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Berufliche Neuerungen mitgestalten

- Aktualität der Lehrinhalte sicherstellen. Gerade in Zeiten der Digitalisierung, der Automatisierung und der Transformation hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem, verlieren Lehrinhalte schnell ihre Aktualität. Wir fordern daher einen permanenten Prozess, der die Lehrinhalte regelmäßig überprüft und ggf. anpasst.
- Quereinsteiger im Berufsschullehramt ausbilden. Quereinsteiger sollten ein berufsintegriertes pädagogisches Studium absolvieren.

Nicht akademische Berufe stärken

- Erhaltung des Meistertitels für die Handwerksberufe.
- Bessere Vergütung systemrelevanter Ausbildungsberufe während der Ausbildung und darüber hinaus.
- Digitalisierungsoffensive in den Berufsschulen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU vollenden

- Schaffung europäischer Berufsbilder durch die Gründung und den Ausbau europäischer Kammern.
- Ausbau der europäischen Walz für junge Menschen.
- Unbürokratische Anerkennung von Ausbildungen aus Drittstaaten.

Hochschule und Forschung - Das Zentrum für Innovation

Die anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen können nur durch technologische, ökonomische und soziologische Innovationen gelöst werden. Hochschulbildung und Forschung kommt hierbei eine ganz zentrale Bedeutung zu.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Den Forschungsstandort Rheinland-Pfalz weiter ausbauen.

- Den exzellenten Forschungsstandort Rheinland-Pfalz weiter ausbauen.
- Ausbau und Neugründung themenübergreifender Forschungs-Cluster, die Lösungen für die Herausforderungen unserer Gesellschaft - beispielsweise die Bewältigung des Klimawandels, Umbau der Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft, Stopp des Artensterbens und Steigerung des sozialen Zusammenhalts – liefern.

Bologna 2.0

- Reduktion der feingliedrigen Ausgestaltung der Credit-Point Vergabe. Die kurze Studienzeit und die permanente Benotung fast aller erbrachten Leistungen, führt zu einem Mangel an Eigenständigkeit, enormem Stress und einem sehr großen Anpassungszwang. Sie nimmt den Studierenden den Freiraum, selbst Schwerpunkte zu setzen und individuelle Studienverläufe zu wählen. Die Verschulung des Studiums beschränkt die Innovationskräfte der jungen Menschen.
- Mehr Spielraum für Kreativität und eigene Bedürfnisse.
- Bachelorabschlüsse müssen den Zugang zu Masterstudiengängen uneingeschränkt ermöglichen, besonders wenn die zugehörigen Berufsbilder einen Masterabschluss voraussetzen.
- Echte europäische Harmonisierung und Austausch.

Sozialeres Studium

- Studentisches Wohnen fördern. Einführung einer Bettenplatzfinanzierung. Kopplung der Mietpreise in Wohnheimen an die Bafög-Wohnpauschale.
- Überführung von Stipendien in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge.
- Kostenfreier Zugang zu wissenschaftlichen Texten.

Lebenslanges Lernen

Durch die zunehmende Komplexität unseres Lebens ergibt sich, dass der Mensch mit dem schulischen Wissen nicht ein Leben lang auskommt. Derzeit sind alle Bildungsanstrengungen nach Beendigung der Schulzeit dem Einzelnen überlassen, soweit es Initiative, Finanzierung und Dauer angeht. Die Vorstellung liegt vor, dass der formale Lernprozess mit dem Erreichen des Berufes sein Ziel erreicht hat. Das führt gegenwärtig zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit bei Älteren und einer Spaltung der Gesellschaft zwischen Alt und Jung, Gebildeten und Ungebildeten und einer Abnahme der Unternehmensgründungen.

Bildung ermöglichen

- Kostenloser Zugang zu Bildung im Beruflichen und Privaten.
- Digitale Plattform schaffen.

Soziales Miteinander stärken

- Mit flexiblen Angeboten, Wahlmöglichkeiten und flexiblen Zeitmodellen, die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie ermöglichen.
- Mehr Angebote zur Abschaffung des funktionalen Analphabetismus und damit Teilhabe ermöglichen. Demokratie braucht kompetente Staatsbürger, die selbständig an der Gesellschaft teilhaben können.

Digitales wird selbstverständlich

Digitalisierung ist ein Querschnittsthema und betrifft jeden Bereich unserer Gesellschaft. Sei es die Bildung, das Gesundheitssystem, die Arbeitswelt, der Alltag der Menschen, die Bürger*innendienste der öffentlichen Verwaltung bis hin zu Fragen des Klimaschutzes oder des Verkehrs.

Die Nutzung neuer Technologien birgt viele Vorteile, indem sie beispielsweise mit vorhandenen Ressourcen effizienter umgeht oder Menschen Teilhabe und Zugang zum Gemeinwesen ermöglicht. Ihr Einsatz hat aber auch Fallstricke, denn es muss u. a. auch für die Sicherheit und Verfügbarkeit der Daten gesorgt werden. Außerdem bewirken digitale Technologien eine starke Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Viele Arbeitsplätze wird es in ihrer heutigen Form nicht mehr geben, andere Jobs werden neu entstehen. Das stellt die Politik und die Gesellschaft vor große Herausforderungen, birgt aber auch gleichzeitig die Chance maßgebliche Verbesserungen für die Lebenswirklichkeit vieler Menschen zu erreichen.

Zuverlässige, leistungsstarke und flächendeckende Internetzugänge und parallel dazu ein lückenloses, schnelles Mobilfunknetz sind inzwischen eine unumkehrbare und unverzichtbare Voraussetzung für unsere Wirtschaft und unser gesellschaftliches Zusammenleben. Schnelles Internet sollte überall in Rheinland-Pfalz genauso selbstverständlich verfügbar sein, wie fließendes Wasser und Strom. Das dies in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz und darüber hinaus auch in Deutschland, 2021 noch immer nicht der Fall ist, ist ein enormes Versagen der Politik.

Massiver Ausbau der digitalen Infrastruktur

- Flächendeckende Versorgung mit schnellem Mobilfunknetz (4G/5G). Dass diese Forderung noch in einem Wahlprogramm 2021 stehen muss, ist ein Armutszeugnis für die Regierungskoalitionen der letzten 20 Jahre.
- Ausreichende Versorgung der Gemeinden mit kabelgebundenem Hochgeschwindigkeits-Internet. Egal ob Land oder Stadt: um heute nicht abgehängt zu werden, benötigen wir zuverlässiges und schnelles Internet in jedem Haus, zum Beispiel für Telearbeit, Telemedizin oder für den digitalen Schulunterricht.
- Flächendeckende Versorgung mit mobilem Internet entlang der Verkehrswege (Bahnverbindungen und Hauptstraßen). Mobiles Internet ist nicht nur vor der Haustür relevant, sondern auch auf dem Weg zur Arbeit.
- Flächendeckende Versorgung mit digitalem Rundfunk, u.a zur Information der Bevölkerung im Katastrophenfall.
- Kostenlose WLAN-Hotspots auf allen größeren öffentlichen Plätzen.
- LPWAN Technologie in Rheinland-Pfalz fördern. Eine vom Land gesteuerte LPWAN Initiative, die für einen geeigneten und fachkundigen Einsatz der Technologie in Rheinland Pfalz sorgt. Förderung der Themenbereiche Smart City, Smart Agriculture, Smart Environment und Smart Security. Enge Abstimmung mit Nachbarregionen, sowie dem Bund und der EU, beim Einsatz der Technologie um Insellösungen zu vermeiden.

Datenschutz ausbauen

- Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, um die Aufgaben gemäß DSGVO und Landesdatenschutzgesetz in vertretbaren Zeitrahmen erfüllen zu können.

Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung nachhaltig voranbringen

- Die Papierlose Verwaltung. Die schnellstmögliche Realisierung der papierlosen öffentlichen Verwaltung in Rheinland-Pfalz. Hierzu müssen vor allem Gesetze dahingehend verändert werden, dass bestimmte Prozesse (z. B. Unterschriften) digital erfolgen können und die Bürger*innen nicht mehr in die Verwaltung kommen müssen.
- Angemessene Ausstattung der öffentlichen Verwaltung. Ausreichende Ausstattung aller Dienststellen der öffentlichen Verwaltung mit modernen Computern. Hierbei sollte allen Mitarbeiter*innen die Möglichkeit gegeben werden mit Laptops zu arbeiten, um auch das mobile Arbeiten zu ermöglichen.
- Ökologische Ausgestaltung der Rechenzentren des Landes. Ausstattung der Rechenzentren des Landes und der dem Land unterstellten öffentlichen Einrichtungen mit Anlagen zur Rückgewinnung von Energie aus der Kühlung.
- Verwendung von Free- und Open-Source-Software (FOSS) fördern. Verwendung von existierender Free- und Open-Source-Software, um
 - > Kosten zu reduzieren
 - > Sicherheit zu erhöhen
 - > Technologische Unabhängigkeit zu gewährleisten.

- Förderung von Eigenentwicklung lizenzfreier Software hat als Free- und Open-Source zu erfolgen, insofern im laufenden Betrieb keine großen Nachteile gegenüber kommerzieller Software entstehen, wie zum Beispiel beim Betreuungsaufwand. Ein koordiniertes, ämterübergreifendes Vorgehen bzgl. FOSS ist auch mit anderen Bundesländern und den Nachbarregionen voranzutreiben, um Synergien zu nutzen.
- Die Rheinland-Pfalz-Cloud weiterentwickeln. Die Infrastruktur besteht bereits als Rheinland-Pfalz-Netz. Es braucht weitere geeignete Anwendungen (z. B. für die Vereinheitlichung der kommunalen Softwarelandschaft) und positive Anreize für die Kommunen, von diesen Angeboten Gebrauch zu machen. Diese können von allen Behörden im Land genutzt werden, damit z. B. kommunale Haushalte einheitlich erstellt werden können.

Cybersicherheit stärken

- Unternehmen bei der Abwendung von Cyberattacken unterstützen. Den Ausbau des Landesamt für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) als zentrale Stelle für Beratungsleistungen gegenüber kleinen sowie mittelständischen Unternehmen, um Cyberattacken und Datenschutzverstöße abzuwenden, bevor sie geschehen. Erkannte Cyberattacken sind - unabhängig davon, ob diese erfolgreich abgewendet konnten oder nicht - dem LfDI als zentrale Stelle zu melden. Das LfDI soll proaktiv und in direktem Austausch mit Unternehmen in Rheinland-Pfalz Angebote entwickeln, die hiesige Unternehmen präventiv vor Cyberattacken schützen.
- Bündelung von Kompetenzen beim Kampf gegen Kinderpornographie und Cyberkriminalität. Es sollte eine Bündelung der in jedem Bundesland existierenden Ermittlungsressourcen stattfinden, damit Cybercrime wirksam und über Landesgrenzen hinweg bekämpft werden kann.

Gesundheit ganzheitlicher betrachten

Ein zukunftsweisendes Gesundheitswesen stellt nicht nur die Frage nach dem, was krank macht, sondern auch wie Gesundheit entsteht, was Gesundheit bewahrt, welche Faktoren Gesundheit begünstigen, wie Menschen in allen Lebensstationen gesund bleiben und wie sie in Würde altern können. Gesundheitskompetenz ist eine notwendige Bedingung für die Durchsetzung dieser Ziele. Hierzu gehört der schnelle und freie Zugang zu einem effizienten und effektiven Gesundheitswesen, das am einzelnen Menschen aber auch am Wohl einer Gesellschaft orientiert ist.

Auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene soll für eine bestmögliche medizinische Versorgung der Bürger*innen gesorgt werden. Patient*innen mit ihren Angehörigen und Zugehörigen brauchen eine ganzheitliche Medizin, Pflege und Therapie, welche die körperlichen, psychischen, mentalen und sozialen Aspekte berücksichtigen. Alle Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen benötigen eine befähigende, fachübergreifende und wertschätzende Arbeitsatmosphäre. Ein nachhaltiger und effizienter Umgang mit allen Ressourcen des Gesundheitswesens weist den Weg in ein gesundes Rheinland-Pfalz.

Gesundheit zu erhalten, Krankheiten vorzubeugen und Heilung oder Linderung zu erfahren sind Grundbedürfnisse eines jeden Menschen. Die Gesellschaft muss Hilfe und Unterstützung anbieten, sowohl für den einzelnen Menschen als auch für das gemeinsame Wohlergehen.

Forderungen von Volt Rheinland-Pfalz:

Prävention durch individuelle Lebensführung

- Informationen und Bildungsangebote zur Förderung der körperlichen und psychischen Gesundheit für Menschen aller Altersgruppen leichter zugänglich machen. Informationen und Unterstützung zur Gesundheitsvorsorge für Erwachsene, Kinder und Jugendliche, für Lehrer*innen und alle, die für Gesundheit Sorge tragen.
- Förderung der körperlichen Aktivität in Kita, Schule, Ausbildung, Studium, Beruf und Alltag. Achtsamkeit für die persönliche Gesundheit und das gemeinsame Wohl fördern.

Prävention durch öffentliche Gesundheitsvorsorge

- Freier und niederschwelliger Zugang zu Angeboten der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitskompetenzförderung über die gesamte Lebenszeit.
- Stärkung behördlicher Gesundheitsmaßnahmen. Förderung von lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Public Health Strukturen.
- Grenzüberschreitende lokale, regionale, nationale und europäische Zusammenarbeit zur unkomplizierten Erreichbarkeit von Gesundheitsvorsorge.

Prävention durch Umweltsicherung

- Öffentliche Überwachung von Schlüsselwerten der Umweltqualität.
- Maßnahmen zur städtischen Luftverbesserung (Grünanlagen).

Medizinische Versorgung sicherstellen

- Gewährleistung allgemeiner Flächendeckung und Zugänglichkeit zur medizinischen Versorgung durch transdisziplinäre Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung.
- Gewährleistung der Bereitstellung von Spezialist*innen, z. B. durch Telemedizin, Gesundheitszentren und einen Gesundheitsexpress in ländlichen Gebieten.

Aus-, Fort- und Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen stärken

- Die Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Berufen des Gesundheitswesens muss erhalten, gefördert und zukunftsorientiert konzipiert werden.
- Schaffung und Förderung von weiteren Studiengängen und Ausbildungen in der transdisziplinären Patient*innenversorgung.
- Schaffung von Anreizen zur Teilnahme an europäischen Austauschprogrammen im Laufe des Studiums und der Berufsausübung für alle medizinischen Fachkräfte.
- Förderung von universitären sowie nicht universitären Ausbildungsstätten für Gesundheitsfachberufe.
- Förderung von transdisziplinären Forschungsansätzen zur innovativen Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Gesundheitsfachberufen in Rheinland-Pfalz.

Beschäftigungsbedingungen verbessern

- Überarbeitung und Neu-Konzeption der Finanzierung des Personals im Landes-Krankenhausbedarfsplan.
- Schaffung einer fachlichen Gesamtvertretung aller in Rheinland-Pfalz im Gesundheitswesen Tätigen (Runder Tisch/ Konferenz der Gesundheitsberufe).
- Schaffung und Förderung von transdisziplinärer gesundheitserhaltend orientierter Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz durch Vernetzung formeller und informeller Hilfen sowie Einbeziehung aller relevanten Beteiligten.

Pflege und Therapie verbessern

- Lebensbegleitendes Wohnen mit alternativen Wohnformen zum Erhalt der Selbständigkeit und Teilhabe muss stärker gefördert werden.
- Die häusliche Pflege soll in kleinen selbstständigen Einheiten geschehen, die sich an dem niederländischen "Buurtzorg Modell" (dt. „Nachbarschaftspflege Modell“) orientieren. Alle Beteiligten, wie z. B. Familienangehörige, Pfleger*innen, Therapeut*innen und Ärzt*innen bilden fachübergreifende Teams. Dabei steht im Fokus, dass die Selbständigkeit der durch Krankheiten beeinträchtigten Menschen weitmöglichst zu erhalten und ihre Teilhabe in der Gesellschaft zu sichern.
- Umsetzung und Weiterentwicklung einer niederschweligen bürokratiearmen, trägerunabhängigen Beratung.
- Planung und Koordinierung der Pflege, Versorgung und Therapie durch ein bedürfnisorientiertes flächendeckendes Case Management.
- Flexible Arbeitszeitmodelle, welche die Ressourcen der Pflegekräfte nicht ausnutzen, sondern auch dem Vorteil der Pflegekräfte dienen. Überstunden müssen zur Erholung zeitnah abgebaut werden können. Eine flexible Stundenzahl im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes sollte angeboten werden.
- Zweijährige Fortschreibung und flächendeckende Umsetzung des Geriatriekonzeptes des Landes Rheinland-Pfalz nach europäischer Best-Practice.
- Schaffung und Förderung universitärer und außeruniversitärer transdisziplinärer Lehr- und Forschungseinrichtungen für Geriatrie/ Gerontologie und Rehabilitation.

Grenzüberschreitende Kooperation in der Gesundheit

- Grenzüberschreitende Koordination von Gesundheitsleistungen zur Optimierung der Versorgung und Therapie.
- Erstellen eines grenzüberschreitenden Katasters von Krankenhausbetten für die medizinische Versorgung in den Euroregionen nach dem Vorbild des DIVI-Intensivregisters in Deutschland.
- Gemeinsame zeitnahe grenzübergreifende Bewertung gesundheitsbedrohender Risikosituation und Koordinierung wirksamer Maßnahmen.

Ökonomie weiterdenken

Die großen Herausforderungen unserer Zeit (Klimakrise, Ressourcenknappheit, Umweltzerstörung und Artensterben) fordern ein Umdenken, so dass Ökonomie nicht ohne Ökologie gedacht werden kann. Die Errungenschaften der Aufklärung bringen es mit sich, dass wir selbstverständlich ethische Ansprüche an den Staat stellen. Das ist besonders im Bereich der Bildung, der Infrastruktur, in der Kultur und im Gesundheitswesen der Fall. Unsere im Grundgesetz verankerte Staatsidee baut darauf, dass es Regelwerke gibt, in denen sich die soziale Marktwirtschaft menschenwürdig entfalten kann. Sie baut darauf, dass es steuerlich finanzierte Institutionen gibt, die an ethischen Ansprüchen gemessen werden, die z. B. Familien und unsere Umwelt schützen oder unsere Kultur fördern. Sie sollen nicht nur den Zweck erfüllen, den Kräften des Marktes möglichst freien Raum zu lassen.

Volt setzt sich daher für ein modernes Wirtschaften in einer freien, offenen und sozialen Marktwirtschaft ein, welches auf starke Institutionen, Innovation, fairen Wettbewerb, 100% Nachhaltigkeit und ein starkes Gemeinwohl setzt. Um das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und das Artensterben zu stoppen, muss unsere Wirtschaft grundlegend reformiert, in Kreisläufen gedacht und gelebt werden. Hierzu benötigt die Wirtschaft klare Zielsetzungen und Rahmenbedingungen von einem leistungsfähigen und modernen Staat.

Die von der Digitalisierung und dem Klimawandel getriebene Transformation aller Lebensbereiche sowie der gesamten Wirtschaft macht ein Umdenken notwendig. Weitere große Entwicklungspotenziale ergeben sich durch die Automatisierung von Prozessen und durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz. Auch diese Entwicklungen brauchen Rahmenbedingungen von staatlicher Seite.

Volt Rheinland-Pfalz fordert:

Rheinland-Pfalz zum Vorreiter nachhaltiger Entwicklungen machen

- Förderung eines interdisziplinären und renommierten Forschungs- und Wirtschaftsnetzwerkes in Rheinland-Pfalz, welches sich mit den zukünftigen gesellschaftlichen Transformationen beschäftigt. Diese sollen uns ein gutes und nachhaltiges Zusammenleben ermöglichen und somit Wohlstand erhalten bzw. weiter aufbauen. In diesem Netzwerk können Felder identifiziert werden, in denen in Rheinland-Pfalz Antworten auf die relevanten Fragen unserer Zeit entwickelt werden können. Über das Netzwerk tauschen sich Wirtschaft und Forschung auf besonders intensive Art aus. Förderprogramme für die Forschung als auch für die Wirtschaft können so zielgerichtet konzipiert werden und Start-Ups in besonderem Maße gefördert werden. Auf diese Weise sichern wir in Rheinland-Pfalz die Wirtschaft der Zukunft.
- Begünstigung nachhaltiger Unternehmen bei Infrastrukturprojekten und Kreditvergaben.

Recht auf Homeoffice

- Optionale Home Office Arbeitsmodelle für alle Verwaltungs- und Aussendienstmitarbeiter*innen an allen Landesbehörden. Hiermit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert, die Umweltbilanz verbessert und die Fahrzeugdichte in den Oberzentren verringert.
- Zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf implementieren die Landesbehörden im Rahmen der tarif- und beamtenrechtlichen Möglichkeiten flexible Arbeitszeitmodelle bis hin zu Lebensarbeitszeitkonten für Bedienstete und Beschäftigte.

- Die Arbeitgebervertreter setzen sich bei den Tarifverhandlungen für die Novellierung des Tarifrechts in diesem Sinne ein. Arbeitnehmer sollen mindestens zwei Tage pro Arbeitswoche ihre Tätigkeiten von zu Hause oder einem anderen angemessenen Ort aus verrichten dürfen. Es muss eine tarifrechtliche Regelung zur Kostenbeteiligung des Arbeitgebers und Arbeitnehmers für Home Office Arbeitsplätze geben.

Die Vier-Tage-Woche fördern

- 32 Stundenwoche im öffentlichen Dienst. Zahlreiche wissenschaftliche Studien und sehr gute Erfahrungen von erfolgreichen Unternehmen belegen den Nutzen einer deutlichen Arbeitszeitabsenkung. Wir wollen daher im öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel vorangehen und die Vier-Tage-Woche in Rheinland-Pfalz einführen.

Grundsteuer fair gestalten

- Ausgestaltung der Grundsteuer als Bodensteuer, da diese sozial, nachhaltig, transparent, unbürokratisch und investitionsfreundlich ist sowie eine einfache Berechnungsgrundlage bietet. Hierbei ist u. a. das Ziel die Flächenversiegelung zu minimieren.

Grunderwerbssteuer für Erstwohnsitz senken

- Deutliche Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum. Absenkung der Grunderwerbsteuer für Immobilien, die für den Eigenbedarf (Erstwohnsitz) genutzt werden, auf 3,5%. Dieser Steuerersatz soll bei Eigennutzung auf Immobilienwerte bis zu 500.000€ begrenzt werden. Darüber hinaus soll die Grunderwerbsteuer von 5,0% auf 6,5% angehoben werden. Firmen sollten nicht mehr von der Grunderwerbsteuer freigestellt werden können.

Kommunen entlasten

- Einstellen des Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) zum 1.1.2022 Seit 2012 soll der KEF die Überschuldung der Kommunen im Bereich der Kassenkredite abbauen, dies ist bis 2026 festgeschrieben. In Rheinland-Pfalz beliefen sich die kommunalen Schulden am 31.12.2011 auf 10,788 Mrd. €, davon waren 5,221 Mrd. € Kassenkredite. Bis Ende 2017 waren die Kassenkredite auf 7,4 Mrd. € gestiegen. Durch die Corona-Pandemie ist mit erheblichen Einbußen der Gewerbesteuer zu rechnen. Die Pflichtbeiträge der Kommunen an den KEF sollten eingestellt werden.

Kultur fördern

- Kultur als Pflichtaufgabe der Kommunen deklarieren und Förderung auf der Ebene wie vor der Corona-Pandemie sicherstellen. Die Kultur in ihrer ganzen Vielfalt ist für unser Staats- und Demokratieverständnis unverzichtbar und damit auch keine freiwillige Leistung. In Zeiten knapper Kassen dürfen weder die Kulturförderung noch die Vorhaltung kultureller Angebote oder Kulturelle Einrichtungen in Frage gestellt werden. Kultur muss - ähnlich wie die Sportförderung - zur Pflichtaufgabe der Kommunen ernannt werden.

- Anerkennung von Clubs und Orten für Live-Musik als Kulturstätten. Clubs und Orte für Live-Musik sind Teil der Kulturlandschaft. Rechtlich stehen sie häufig aber auf einer Stufe mit Glücksspielhallen und Bordellen. Eine Anerkennung als Kulturstätten schafft steuerliche und rechtliche Vorteile, was die kulturelle Vielfalt stärkt.

Unternehmertum stärken

- Unterstützung der Dienstleistungsorientierung der Verwaltung. Die Kommunalverwaltung erlebt einen beispiellosen Generationenwechsel und muss sich gleichzeitig der Digitalisierung stellen. Das Land kann diesen Transformationsprozess aktiv im Rahmen seiner Genehmigungs- und Gesetzgebungskompetenzen unterstützen.
- Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten für junge Unternehmen. Förderung von Investitionen in nachhaltige Zukunftstechnologien und Unternehmen, beispielsweise durch Business-Angel-Fonds, um den Weg hin zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft zu ermöglichen.
- Bereitstellung von zusätzlichen öffentlichen Mitteln für die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in strategischen Industrien durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz.
- Vernetzung des europäischen Mittelstands. Förderung des Wissensaustauschs zwischen Unternehmen auf nationaler und europäischer Ebene durch den Aufbau eines europäischen Netzwerks von Gründerzentren, die in beratender Funktion Start-Ups und KMU zur Seite stehen.
- Erleichterungen bei Unternehmensgründungen. Schaffung einer digitalen Anlaufstelle (Digital OneStopShop) für die Unternehmensgründung und alle weiteren Amtswege. Auch Gewerbeabmeldungen und -ummeldungen müssen zukünftig bei allen Gewerbeämtern in Rheinland Pfalz digital möglich sein. Damit wird eine EU-Richtlinie umgesetzt, dass Gründungen ab 2021 in allen Mitgliedsstaaten digital erledigt werden können.
- Vergaberichtlinien in Rheinland-Pfalz für kleinere und mittlere Unternehmen vereinfachen. An öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen, ist für viele kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups nahezu ausgeschlossen. Viele Handwerksbetriebe bieten nicht mehr mit, da sie keine Personalressourcen haben, um die umfangreichen, sehr komplexen Anforderungen zu erfüllen. Um den Wettbewerb zu stärken, sollten die Richtlinien für Aufträge bis 30.000 Euro vereinfacht werden. Dies würde auch die Durchführung von Projekten in den Kommunen beschleunigen.

Öffnungszeiten für Kioske verlängern

- Die Verlängerung der Kiosk Öffnungszeiten (bisher 22 Uhr) bis 24 Uhr. Hierzu bedarf es einer Anpassung des Ladenöffnungsgesetzes. Bisher waren Gaststättenkonzessionen notwendig, die oftmals Umbauten der sanitären Anlagen erfordern.

Ladenöffnungszeiten anpassen

- Erster Sonntag im Monat verkaufsoffen, wie im Nachbarland Belgien. Um die Innenstädte und den lokalen Einzelhandel zu stärken, sollte der erste Sonntag im Monat verkaufsoffen sein. Dies würde vielen Lebensentwürfen entgegenkommen, eine Abkehr vom Versandkauf ermöglichen und unsere Nachbarn zum shoppen nach Rheinland-Pfalz einladen.

Tanzverbot abschaffen

- Tanzverbot und andere Einschränkungen an allen "stillen Tagen", z. B. Karfreitag, in Rheinland-Pfalz abschaffen.

Förderung des Gemeinwohls

- Eine Informations- und Vernetzungsoffensive zu nachhaltigem und gemeinwohlorientiertem Wirtschaften. Das Bewusstsein für nachhaltiges und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften ist noch sehr jung und die Möglichkeiten, die Unternehmen ergreifen können, oft nicht bekannt. Hier kann das Land durch das Bereitstellen von Informationen, dem Angebot an qualifizierter Beratung und der Förderung von Vernetzung seinen Beitrag leisten.
- Ein Förderprogramm für Unternehmen, die gemeinwohlorientiert wirtschaften wollen. Wir wollen Unternehmen, die ihr Wirtschaften bzgl. des Gemeinwohls (Menschenwürde, Solidarität, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung) überprüfen wollen, während der Evaluationsphase in Form von Beratung fördern.

Veröffentlichungsdatum:

10. Dezember 2020

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:

Volt Deutschland Landesverband Rheinland-Pfalz,
Bleichstraße 5, 55218 Ingelheim am Rhein

voltdeutschland.org/rlp

voltdeutschland.org/rlp/spenden

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE